

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Florian Siekmann

Abg. Alexander König

Abg. Martin Böhm

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Abg. Dr. Martin Huber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Alex Dorow

Staatsministerin Melanie Huml

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gemäß § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER

"Nie wieder Krieg in Europa: Schulterschluss der liberalen Demokratien für Frieden, Sicherheit und Wohlstand!"

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner 10 Minuten. Die fraktionslosen Kollegen können hier zwei Minuten reden. – Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring. Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast achtzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, knapp ein halbes Jahrhundert nach der Schlussakte von Helsinki und zwanzig Jahre nach der Eskalation auf dem Balkan droht in diesen Tagen erstmals wieder Krieg in Europa.

Jetzt mögen Sie mir entgegenhalten: Das ist doch ein außenpolitisches Thema. Was geht denn das den Bayerischen Landtag an? Weshalb beantragen die FREIEN WÄHLER, das hier im Hohen Haus zu diskutieren? – Ich würde Ihnen entgegenhalten: Aus mindestens zwei Gründen sind wir maximal betroffen. Aus mindestens zwei Gründen ist es ein Thema, mit dem auch dieses Hohe Haus sich ganz dringend zu befassen hat.

Zum einen deshalb, weil wir, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Freistaat Bayern die sechstgrößte Volkswirtschaft in Europa sind und deshalb Teil der internationalen Schutzverantwortung und des europäischen Gedankens sind, zum anderen auch deshalb, weil im Konflikt zwischen unseren NATO-Partnern, der Ukraine und Russland unsere engen wirtschaftlichen Verbündeten miteinander im Dialog, im kritischen Dialog, ja in Auseinandersetzung stehen, wovon wir

maximal betroffen sind: im Hinblick auf wirtschaftspolitische Fragen, im Hinblick auf energiepolitische Fragen, aber auch im Hinblick auf demokratiethoretische Fragen.

Das ist der zweite Grund, weshalb sich der Bayerische Landtag mit diesem Thema zu befassen hat; denn es geht bei der Eskalation zwischen der Ukraine und Russland um mehr als die Frage der Auseinandersetzung zweier Nationalstaaten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um die große Frage, ob dieses 21. Jahrhundert, ob unser Jahrhundert den liberalen Demokratien gehört, Ländern, die ihrem Werteverständnis und ihrem demokratischen System nach so aufgestellt sind, wie wir hier in Bayern das sind, oder ob wir es zulassen, dass in diesem 21. Jahrhundert das Comeback der vermeintlich starken Männer stattfindet, dass Systeme wie dasjenige in Russland wieder die Oberhand gewinnen und dass die starken Männer zurückkommen. Ich meine, es steht uns gut an, auch als Bayerischer Landtag dafür zu sorgen und dafür unser Scherflein beizutragen und die klare Aussage mit zu treffen: Nein, dieses 21. Jahrhundert mit all seinen Errungenschaften muss das Jahrhundert der liberalen Demokratien sein und ist es auch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aus dieser Aufgabendefinition heraus erwachsen aus Sicht der Regierungsfraktion von uns FREIEN WÄHLERN in der aktuellen Lage mindestens drei Aufgaben:

Zum Ersten ist es notwendig – da ging es mir ähnlich wie dem Kollegen Seidenath; ich fand, das ist dem Bundespräsidenten am Sonntag in Berlin ganz herausragend gelungen –, den Aggressor klar zu benennen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt elementare Grundregeln des globalen Zusammenarbeitens zwischen Nationalstaaten. Diese elementaren Grundregeln müssen sakrosankt sein. Die elementarste dieser Grundregeln, die nicht umsonst zur Definition von Nationalstaaten gehört, ist die wechselseitige Akzeptanz nationalstaatlicher Grenzen. Wenn jemand diese Grundregel der globalen Ordnung aus geopolitischen Gründen, aus strategischen Gründen unterminiert und bereit ist, das zu hinterfragen, dann muss das Konzert der Staaten

dieser Erde laut erklingen. Dabei muss auch Bayern seine Partitur spielen, eine rote Linie ziehen und sagen: Bis hierher, und nicht weiter. – Nationalstaatliche Grenzen auf diesem Erdball sind sakrosankt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zum Zweiten, Kolleginnen und Kollegen, sind wir wohlberaten, einen Schulterchluss mit unseren Bündnispartnern aus dem NATO-Bündnis zu üben im Hinblick auf die Frage einer Ostpolitik der NATO; denn es ist klar, dass eines nicht angehen kann: Wenn Länder in Europa sich dazu entscheiden, sich unserem demokratischen Verständnis und unserem Wertesystem anzuschließen, dann müssen die nicht beim Kreml um Erlaubnis fragen, ob sie das dürfen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern dann gehört es zur Demokratie, dass man das selbst entscheiden kann und dass auch das das Recht souveräner Nationalstaaten, in diesem Fall der Ukraine, ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Drittens und letztens, meine Damen und Herren, besteht unsere Aufgabe darin, jetzt die Diplomatie dem Krieg vorzuziehen. Das Schlechteste, was aus bayerischer Sicht passieren kann, ist Krieg. Das Zweitschlechteste sind aber Sanktionen mit all ihren auch sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Das heißt, jetzt muss die Stunde der Diplomatie schlagen. Olaf Scholz ist in dieser Stunde in Moskau. Jetzt müssen wir auch retrospektiv dafür sorgen, uns wechselseitig empathisch zu verstehen, die Skepsis des Kreml zu verstehen gegenüber einer doch neuen Ostpolitik des NATO-Bündnisses. Da müssen wir auf dem Verhandlungsweg für Lösungen sorgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber 100 Stunden diplomatisch verhandeln – so hat es Helmut Schmidt treffend auf den Punkt gebracht –, als 1 Minute schießen. – Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie uns heute dieses Signal nicht nur aus Berlin über den Bundeskanzler nach Moskau bringen, sondern auch aus dem Hohen Haus, aus dem Bayerischen Landtag, miteinander fraktionsübergreifend aussenden. Darüber wollen wir mit Ihnen in der Aktuellen Stunde diskutieren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass es die liberalen Demokratien sind, denen dieses Jahrhundert gehört, und dass die liberalen Demokratien weiterhin für Wohlstand, Sicherheit und Frieden in unserer gemeinsamen Heimat Europa sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Mehring. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Herr Florian Siekmann von der Fraktion der GRÜNEN. Herr Abgeordneter Siekmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Sonntag haben viele von Ihnen den Bundespräsidenten gewählt. Es war eine außergewöhnliche Bundesversammlung mit einer außergewöhnlichen Rede des alten und neuen Bundespräsidenten. Er hat uns alle daran erinnert: Unterschätzen wir nicht die Demokratie! – Demokratie mag Zeit brauchen. Sie erfordert Dialogbereitschaft und Kompromiss. Aber Demokratie schafft auch Akzeptanz für gemeinsame Regeln, und Demokratie schafft gesellschaftliche Solidarität. Jahrzehntelanger Frieden, beständige Sicherheit und gewachsener Wohlstand sind auch dem Siegeszug der Demokratie zu verdanken. Wir können stolz darauf sein, dass das in Europa gelungen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren zu stellen, ist das Grundprinzip unserer liberalen Demokratie. Wenn wir dieses Grundprinzip selbstbewusst nach außen vertreten wollen, dann müssen wir es auch im Inneren pflegen. Unsere liberale Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie wird selbst innerhalb der Europäischen Union immer wieder in Frage gestellt. Die Regierungen in Ungarn und Polen haben in den letzten Jahren beständig die Axt an Rechtsstaatlichkeit und Minderhei-

tenrechte gelegt. Möglich geworden ist das auch, weil aus wirtschaftlichem Interesse und parteipolitischem Kalkül allzu lange weggeschaut worden ist.

Die CSU hat trotz jahrelangem Abbau des Rechtsstaats in Ungarn immer noch die Nähe zu Viktor Orbán gesucht, und die Bayerische Staatsregierung hat lange ignoriert, dass Orbáns Vorstellung von der illiberalen Demokratie die Europäische Union im Gesamten in Gefahr bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Neben-Außenpolitik der CSU-Ministerpräsidenten außerhalb der Europäischen Union hat in der Vergangenheit für schwere Irritationen gesorgt. Die leichtfertige Forderung des ehemaligen Ministerpräsidenten Seehofer, die Sanktionen gegen Russland fallenzulassen, hat einen deutlichen Schaden an der Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik angerichtet. Ich bin dankbar, dass wir jetzt eine Bundesregierung haben, die geschlossen hinter einer wertegeleiteten Außenpolitik steht. Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie – all das müssen wir zu einem Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik machen.

Kollege Mehring, ich danke Ihnen dafür, dass Sie noch einmal diese Werte beschworen haben, aber ich möchte doch Folgendes ergänzen: Wer regiert, ist auch in der Verantwortung zu handeln. Ihr Haus, das Wirtschaftsministerium, das Haus der FREIEN WÄHLER, verantwortet die bayerischen Repräsentanzen. Ich lade Sie ein, auch dort anzufangen, über Menschenrechte und Demokratie und nicht nur über wirtschaftliche Interessen zu sprechen;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn in unserer liberalen Demokratie sind demokratische Werte nichts anderes als unsere ureigenen Interessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser klare Wertekompass hat den Worten Frank-Walter Steinmeiers an den russischen Präsidenten "Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!" solches Gewicht verliehen. Die Antwort auf die derzeitig brenzlige Situation muss ein enger Schulterschluss mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern sein. Es geht nicht nur um einen von Russland ausgehenden Konflikt mit der Ukraine; angesichts von über 100.000 russischen Soldaten an der ukrainischen Grenze geht es um die Sicherheit ganz Europas.

Die EU ist unsere Lehre aus vergangenen Kriegen und Garantien für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Sprechen alle 27 Mitgliedstaaten mit einer Stimme, schafft das nicht nur Stabilität nach innen, sondern auch nach außen. Als Europäerinnen und Europäer müssen wir selbstbewusst und in Abstimmung mit unseren transatlantischen Partnern Verantwortung für die Sicherheit auf diesem Kontinent übernehmen.

Unsere Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat in intensiven Verhandlungen ein gemeinsames europäisches Sanktionspaket geschnürt. Ich bin stolz, dass sie innerhalb weniger Wochen alle europäischen Partner zu einer gemeinsamen Linie zusammengeführt hat. Die Botschaft an Präsident Putin ist unmissverständlich: Für jede weitere Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine wird er einen sehr hohen finanziellen und wirtschaftlichen Preis zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Annalena Baerbock hatte Markus Söder in den letzten Wochen keine klare Botschaft für Putin. Mit der Warnung vor weiteren Sanktionen untergräbt er vielmehr die hart erarbeitete gemeinsame europäische Antwort. Doch auch wenn Markus Söder keine klare Botschaft für Putin hat, haben wir eine für ihn: Die Verhandlungen zu Import und Herstellung des Impfstoffes Sputnik in Bayern müssen gestoppt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sputnik ist kein unpolitischer Impfstoff. Der Vertrieb erfolgt über den staatlichen Investitionsfonds RDIF.

(Unruhe)

Die Verhandlungen auf Eis zu legen, wäre ein deutliches Signal direkt an den Kreml. Wer die Sicherheit Europas in Frage stellt, kann nicht gleichzeitig mit uns neue Geschäfte machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dialog und Härte müssen unsere Antwort auf die aktuelle Situation sein. Es liegt selbstverständlich im Wesen liberaler Demokratien, dass sie stets gesprächsbereit bleiben, dabei aber nicht den eigenen Wertekompass aus der Hand legen. Nach der Bundesaußenministerin führt nun auch der Bundeskanzler Gespräche in Moskau, und gleichzeitig müssen wir alle weiteren, uns zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle nutzen: das Normandie-Format, die OSZE und auch die am kommenden Wochenende stattfindende Münchner Sicherheitskonferenz.

Ich wünsche mir wie sicherlich alle hier im Raum, dass wir künftig wieder zu einer Kooperation mit Russland zurückkehren können. Für die Friedensordnung in Europa, für weitere Abrüstungsgespräche wäre das ein großer Gewinn. Die derzeit harte Linie gegenüber Russland ist kein Selbstzweck, sie ist vielmehr notwendige Reaktion auf das Handeln der russischen Regierung. Kolleginnen und Kollegen, angesichts der brenzligen Situation sollten wir alle eines im Kopf behalten: Der Krieg kennt nur Verlierer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Siekmann. – Als nächsten Redner darf ich den Kollegen Alexander König aufrufen. Herr Abgeordneter König, bitte schön.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Außenpolitik ist nach dem Grundgesetz ausschließlich Bundessache. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass unsere verfassungsmäßige Ordnung nicht dadurch gestärkt wird, dass wir sie nicht beachten. Aber, Kolleginnen und Kollegen, die für uns sicher außergewöhnliche Situation, dass eine Nation mitten in Europa durch Androhung von Waffengewalt in ihren staatlichen Grenzen bedroht wird, rechtfertigt wohl, dass auch Landespolitiker als die gewählten Vertreter ihrer Bürger dem Aggressor sagen: Finger weg von den völkerrechtlichen Grenzen eines Staates auf dem Kontinent Europa!

Kolleginnen und Kollegen, Waffengewalt, Krieg und die Androhung von Gewalt waren Mittel der Politik der absolutistischen Herrscher, der Fürsten, Könige und Kaiser bis ins 19. Jahrhundert hinein. Danach brachen in Europa nur noch Diktatoren Kriege vom Zaun oder drohten damit. Insofern erleben wir gerade einen Zivilisationsrückschritt in Europa, den die meisten von uns im 21. Jahrhundert nicht mehr für möglich gehalten hätten. Selbst wenn sich eine Nation oder vielleicht auch nur deren Herrscher von Nachbarn ungerecht oder schlecht behandelt oder vielleicht sogar missachtet fühlt, rechtfertigt das keinen Rückschritt zu Kain und Abel. Kolleginnen und Kollegen, Krieg ist immer falsch. Auch die Androhung von Krieg ist eine Art Krieg, weil auch darunter bereits viele Menschen leiden; sie ist damit auch kein akzeptables Instrument der Politik.

Ich persönlich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass sich Russlands Herrscher von der NATO schlecht behandelt fühlt; doch das rechtfertigt keinen Angriff welcher Art auch immer auf die Souveränität eines Staates und seiner Bürger in Europa. Unstimmigkeiten, Streit und Ärger sind auch in der Politik dafür da, um unter erwachsenen Menschen ausdiskutiert und ausgeräumt zu werden, solange so etwas am Ende auch dauern mag; dafür muss man sich dann eben die entsprechende Zeit nehmen.

Die CSU unterstützt die klaren Worte unseres Bundespräsidenten Steinmeier auf der Bundesversammlung am vergangenen Sonntag vollumfänglich und wünscht der Bun-

desregierung und den westlichen Partnern bei ihren diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts Erfolg.

Präsident Putin als gläubigem Christen – jedenfalls vermittelt er dieses Bild immer wieder in der Öffentlichkeit – wünsche ich die göttliche Eingabe, richtig, das heißt, vernünftig und damit vor allem friedlich zu handeln – im Interesse aller Menschen in Europa, auch im Interesse der Menschen in Russland.

Wie heißt es immer so schön, Kolleginnen und Kollegen? – Respice finem! Eine Fortführung des schwelenden Konflikts birgt mit Sicherheit unglaublich große Risiken für die Zukunft Europas und damit auch für die Zukunft Russlands. Wir sollten alle miteinander an einer guten Zukunft in Frieden und Freiheit arbeiten. Das haben alle Menschen in Europa verdient.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter König. – Damit darf ich den nächsten Redner ans Pult bitten. Es ist Herr Abgeordneter Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle leben in der längsten Epoche des Friedens auf diesem Kontinent. Bei allen parteipolitischen Differenzen ist es unsere gemeinsame Verantwortung, diesen Frieden für unsere Enkel gleichsam weiterzutragen. Das zu tun, braucht beständigen Dialog auf Augenhöhe, benötigt gegenseitigen Respekt und gelingt nur mit geostrategischer Weitsicht. Seit den frühen 2000er-Jahren wird dieses Kontinuum vernachlässigt.

Der Schulterschluss liberaler Demokratien führt nicht deswegen zum Frieden, weil sich die Schultern gemeinsam schön breitmachen, um die eigene Sichtweise als die einzig gültige durchzusetzen. Immer nur das Lied der allerbreitesten Schultern mitzusingen – das der USA –, kann einen durchaus auch in trügerischer Sicherheit wiegen. Jeder,

der glaubt, die USA verfolgten nicht zuerst ihre eigene Agenda, der versteigt sich zu solchen abstrusen Worten, wie wir sie vom Bundespräsidenten in seiner Amtsantrittsrede hören mussten.

(Beifall bei der AfD)

Das heutige Russland mag in westlichen Staaten an eine Aristokratie erinnern. Aber wie war denn der Weg dorthin? War möglicherweise auch der Wegweiser ursächlich, auf den Bush im Jahr 2008 schrieb, dass der NATO-Beitritt der Ukraine keineswegs der Zustimmung Moskaus bedürfe? Wie hätte Bush denn reagiert, hätte Moskau den Warschauer Pakt wiederbelebt und Kuba und Mexiko den Beitritt angeboten? Wie würde Biden reagieren, würde der Kreml eine aggressive Einkreisungspolitik nach NATO- und US-Manier betreiben?

Hier und vor dem Hintergrund der von den USA organisierten und finanzierten Farbenrevolution des Arabischen Frühlings stellt sich die Frage des "Cui bono?". – Gewiss nicht Europa; denn von der Flüchtlingsflut bis zu dem Konflikt, den wir heute beklagen, wurde Europa systematisch destabilisiert und wurden zugleich die geostrategischen Interessen der USA bedient. Genau diesen Interessen huldigt heute eine maßgebliche Menge deutscher Politiker, indem sie der US-erzwungenen Ablehnung von Nord Stream 2 das Wort reden – welch grotesker Wahnsinn.

(Beifall bei der AfD)

Eine verkorkste Energiewende als Schnellschuss bunten Zeitgeistes entpuppt sich als Auslöser dafür, dass transatlantische Daumenschrauben günstiges russisches Gas in Deutschland verhindern. Unsere Bürger werden mit einer Energiepreisinflation überwältigt, die zugleich den USA prächtige Gewinne im Flüssiggasgeschäft verspricht. In dieser Krise dürfen weder Bund noch Land die Interessen der Ukraine und der USA vor unsere ureigenen Interessen stellen. Es sind bereits unwiederbringliche Milliarden Euro aus Deutschland nach Kiew geflossen, und gestern hat Kanzler Scholz noch mal

150 Millionen Euro draufgelegt. Ob dieses Geld sinnvoll angelegt ist? – Er tut es einfach, aber er weiß es nicht.

Die Ukraine hat berechnete Sicherheitsinteressen, gewiss, aber die hat Russland eben auch. Um den Frieden zu bewahren, müssen wir weiter auf Diplomatie setzen. Aber ein Schulterschluss liberaler Demokratien, der klingt nach Nibelungentreue und im Zweifelsfall nach einer Unterwerfung unter fremde Interessen.

(Beifall bei der AfD)

Perfide bezeichnen Sie von den FREIEN WÄHLERN die NATO- und EU-Partner heute als solch liberale Demokratien – Staaten, an denen Sie sonst oft kein gutes Haar lassen. Ich denke an Ungarn und an unsere polnischen Freunde, die uns gerade eben vor der nächsten Plünderung unserer Sozialkassen geschützt haben. Erst schelten, dann beschwören – wie doppelzünftig ist Ihre Partei, und wie undifferenziert ist Ihr Weltbild.

Bleiben Sie gute Bürgermeister, bleiben Sie anständige Landräte; wir kümmern uns darum, unser Vaterland vor US-Sanktionismus und vor Ihrer Großmannssucht zu bewahren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Böhm. – Damit kommt der nächste Redner ans Pult; es ist Herr Vizepräsident Rinderspacher. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangslage vor dem heutigen Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz beim russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin war denkbar schwierig. Die Zeitungen titelten noch vor 24 Stunden, es würde einen Krieg inmitten von Europa geben, die russischen Truppen seien einmarschbereit – 120.000 Soldaten unmittelbar an den Außengrenzen der Ukraine –, die Invasion würde möglicherweise von drei Sei-

ten stattfinden, von Norden, von Osten und von Süden, und die Lage sei ausgesprochen bedrückend. Die Kriegsgefahr ist real. Es wurde darauf hingewiesen – das hat auch unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer bemerkenswerten Antrittsrede am Sonntag so formuliert.

Wie ist die Lage jetzt? – Die Pressekonferenz von Bundeskanzler Olaf Scholz liegt gerade knapp 15, 18, 20 Minuten zurück, und wir erfahren erste Entspannungssignale aus Moskau. Der russische Präsident hat angekündigt, dass es morgen keine Invasion geben werde. Er hat angekündigt, dass er dazu bereit ist – ich zitiere –, den Weg der Verhandlungen zu gehen, und er hat einen Teilrückzug von russischen Truppen angekündigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die allerwenigsten von uns und auch in der bundesdeutschen Publizistik hätten das für möglich gehalten. Es gibt erste Entspannungssignale, Signale der Deeskalation in einer Situation, die wir selbst noch vor 24 Stunden für ausgesprochen bedrückend gehalten haben. Diese Bedrückung bleibt; denn wir wissen natürlich nicht, ob es am Ende eine schöne Floskel in einer Pressekonferenz mit einem westeuropäischen Staatsmann war oder ob am Ende das alles tatsächlich umgesetzt wird, was heute öffentlich verkündet wurde.

Für mich steht fest: Die vielen Gespräche der letzten Wochen und Monate haben sich nun ausgezahlt. Manche haben gefordert, es möge vom deutschen Bundeskanzler klarere Ansagen geben; manche haben auch schöne Artikel geschrieben in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung", übrigens auch Landespolitiker an der Spitze unseres Freistaates Bayern. Es gab Kritik an der Bundesregierung, sie sei zu zögerlich, sie sei nicht klar genug. Dabei weiß jeder, auch hier im Hohen Haus, dass es eine Fülle von diplomatischen Gesprächen gegeben hat: mit der OSZE, mit Präsident Biden in den Vereinigten Staaten von Amerika, im Zuge des Weimarer Dreiecks mit dem polnischen, aber auch mit dem französischen Staatspräsidenten. Es gab Gespräche zur Vorbereitung des heutigen Tages in Hülle und Fülle. Das Ergebnis des heutigen Tages

ist: Es wird Verhandlungen geben, es wird einen Teilrückzug von russischen Truppen geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein großer diplomatischer Erfolg der deutschen Bundesregierung, von Bundeskanzler Olaf Scholz und von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock.

(Beifall)

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Aggression gegenwärtig von Russland ausgeht. Das haben alle Redner vor mir auch so formuliert. Es kann aber genauso wenig einen Zweifel daran geben, dass eine perspektivische Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent ohne die Russische Föderation nicht möglich sein wird.

Es ist jetzt deshalb zum einen nötig, klarzumachen: Es darf keinen Krieg geben. Dieser Krieg wäre – auch vom Aggressor selbst – mit einem hohen Preis zu bezahlen. Es muss für den gesamten europäischen Kontinent aber die Perspektive geben, dass die Sicherheitsinteressen – beispielsweise Polens, des Baltikums oder Finnlands – gewahrt sind.

Jeder weiß, dass eine stabile Sicherheitsarchitektur ohne einen Beitrag Moskaus nicht möglich ist. Kein weltpolitisches Thema – auch nicht im Nahen Osten – ist gegenwärtig ohne Gespräche mit Putin lösbar. Die bundesdeutsche Publizistik hat das manchmal missverständlich formuliert. Es heißt dann schnell, das seien Russlandverstehler. Das eine schließt aber das andere nicht aus: Klarzumachen, dass es keinen Krieg geben darf, und dass dieser, wenn doch, einen hohen Preis für den Aggressor zur Folge haben wird, aber eben auch die Notwendigkeit, aufeinander zuzugehen und die berechtigten Sicherheitsinteressen auch zur Sprache zu bringen.

Wir als – geografisch gesehen – Mittelmacht in Europa haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Völkern östlich unserer Grenze. Das gilt – das ist deutlich geworden – für die Ukraine. Das gilt auch für Russland. Deshalb ist der von der Bundes-

regierung eingeschlagene Weg richtig, jetzt diplomatische Gespräche zu führen. Der erste Erfolg ist gezeitigt. Weitere Erfolge werden hoffentlich kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Vizepräsident, vielen Dank für Ihre Rede. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Martin Hagen von der FDP aufrufen. Herr Abgeordneter Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Präsident, meine Damen und Herren! Die Ukraine sieht sich derzeit einer Invasionsstreitmacht von über 100.000 russischen Soldaten direkt an ihren Grenzen gegenüber. Wir erinnern uns an die Historie: 2014 die Invasion der Krim; der seitdem herrschende Krieg in der Ostukraine; einige Jahre zuvor, bereits im Jahre 2008, der Überfall Russlands auf die georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien. – Das heißt, die Angst der Ukraine vor einer russischen Invasion ist nicht einer Paranoia geschuldet, sondern hat sehr gute Gründe.

Ich war am Sonntag bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten in Berlin. Ich glaube, er hat am Sonntag die stärkste, gleichzeitig die wichtigste Rede seiner Präsidentschaft gehalten. Seine Worte waren direkt an den russischen Präsidenten Putin gerichtet: Er möge die Schlinge um den Hals der Ukraine lösen. – Das waren wichtige Worte, Worte, die einem deutschen Staatsoberhaupt sehr angemessen waren.

Ganz und gar unangemessen ist hingegen das, was wir leider regelmäßig von einem deutschen Altkanzler hören. Das ist ein deutscher Altkanzler, der sich, seitdem er nicht mehr Kanzler ist, als Lobbyist russischer Interessen verdingt. Er hat vom Säbelrasseln der Ukraine gegenüber Russland gesprochen. – Meine Damen und Herren, es ist kein Säbelrasseln, wenn ein Land auf seiner territorialen Integrität beharrt; wenn ein Land erklärt, es werde sich im Falle eines Angriffs verteidigen. Das ist kein Säbelrasseln, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der FDP)

Unpassend waren aber nicht nur die Worte von Gerhard Schröder, sondern unpassend waren auch die Worte von Markus Söder, der im Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sämtliche Optionen, die die deutsche Politik hat, direkt vom Tisch genommen hat. Er hat nicht nur – das ist ja die deutsche Haltung – die Lieferung von Waffen ausgeschlossen, sondern er hat gleichzeitig erklärt, er lehne einen Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System ab. Eine Infragestellung der Pipeline Nord Stream 2 komme für ihn nicht infrage. Das alles würde die deutschen Interessen mindestens so stark wie die russischen schädigen.

Der Bayerische Ministerpräsident fällt mit diesem Interview der deutschen Bundesregierung bei ihren Bemühungen, eine glaubwürdige Abschreckungskulisse aufzubauen, in den Rücken. Er fällt damit auch einem europäischen Land, der Ukraine, in den Rücken. Herr Söder hätte hier lieber geschwiegen.

(Beifall bei der FDP)

Im Kontrast dazu stehen die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung – allen voran Außenministerin Baerbock und Kanzler Olaf Scholz –, die sich seit Wochen darum bemühen, diesen Konflikt zu deeskalieren. Ich bin froh, dass wir nach vielen Tagen und Wochen der Eskalation heute endlich erste Signale der Deeskalation erhalten haben.

Wir erinnern uns: Vor acht Jahren verleibte sich Russland die Krim ein. Seitdem führt es einen blutigen, andauernden Krieg im Donbass. – Ich war damals, vor acht Jahren, kurz nach der Revolution auf dem Maidan in Kiew. Ich habe dort im Jahr 2014 noch die Barrikaden gesehen. In dieser Zeit kurz nach der Revolution war mit Händen zu greifen, wie sich dieses Land nach Demokratie, nach Freiheit, nach Rechtsstaat sehnt. Ich glaube, ein Land und Volk, das sich nach Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat sehnt, hat in jedem Fall unsere Solidarität verdient.

Ein solches Land wie die Ukraine hat auch seinen Platz im Haus Europa – genauso wie Russland einen Platz im Haus Europa hat, wenn es sich an die Spielregeln hält. Es widerspricht aber den Spielregeln, andere Länder zu bedrohen und anzugreifen. Wir müssen das auch klarmachen.

Meine und unsere Generation hat das Privileg, dass sie in ihrem Leben nie die Gräueltaten des Krieges erfahren hat. Gespräche mit unseren Großeltern oder auch mit Freunden aus anderen Ländern, beispielsweise mit Geflüchteten aus Syrien, zeigen uns aber, wie präsent das doch alles noch ist. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir hier in Frieden aufgewachsen sind.

Gerade deswegen ist es unsere Aufgabe, alles zu tun, um den Frieden in Europa zu sichern. Wir sichern ihn durch Dialog. Wir sichern ihn aber auch durch eine klare Haltung gegenüber Aggressoren. Ich bin froh, dass die Bundesregierung diese klare Haltung zeigt.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich darf dann den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Huber, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Westen wird nicht erst jetzt, sondern schon länger, und nicht nur von Russland, sondern auch von China, Nordkorea und sämtlichen Autokraten nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Taiwan, in Hongkong, im Baltikum und auf dem Balkan herausgefordert. Wir müssen schon seit geraumer Zeit erleben, wie auch wir direkt von den Versuchen betroffen sind, unseren Staat und unsere Gesellschaft zu destabilisieren.

Die Botschaft an Russland und an alle anderen muss deshalb klar sein: Kooperation ist besser als Konfrontation. – Das funktioniert aber nur, wenn der Preis für die Konfrontation auch entsprechend hoch ist.

Ich möchte, bevor uns hier die Selbstbeweihräucherung der Ampelkoalition die klare Sicht vernebelt, schon darauf hinweisen, dass die Ampelkoalition in keiner Weise geschlossen und einheitlich aufgetreten ist. Da geht es nicht nur um einen geschäftstüchtigen ehemaligen Bundeskanzler, da geht es auch um die amtierende Ministerpräsidentin und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Manuela Schwesig und um den amtierenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag Rolf Mützenich. Diese haben ganz andere Botschaften gesendet als diejenigen, die die Vertreter der Ampel-Regierung jetzt hier ins Feld geführt haben.

(Zuruf)

Wir müssen deswegen aber auch die Dinge in Richtung der AfD ganz klar beim Namen nennen: Russland führt einen psychologischen, hybriden Konflikt, der sich nicht nur auf die Ukraine und die Anrainerstaaten beschränkt, sondern eine zunehmende Bedrohung für den gesamten Westen darstellt.

Nuklearfähige russische Bomber mussten von NATO-Kampffjets über der Nordsee abgefangen werden. Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko erpresst die Europäische Union mit Rückendeckung durch Putin mit Flüchtlingen. Auf dem Westbalkan versucht Russland in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, neue Konflikte an den ethnischen Trennlinien zu schüren. In Syrien hat Moskau dem Massenmörder Assad zu neuer Stärke verholfen. In Libyen und Mali sorgt Moskau mit seiner Privatarmee "Wagner" für Chaos bei möglichen Partnern des Westens. An der russisch-ukrainischen Grenze versammelt der Kreml nach wie vor 100.000 Soldaten und schweres Kampfgerät. In den russischen Medien tobt die Propagandaschlacht. Cyber-Angriffe auf die Ukraine und die EU sind an der Tagesordnung, ebenso wie Versuche der Destabilisierung durch Fake News und Internet-Trolle. Die russische Aggression be-

schränkt sich also nicht auf Panzer und Truppen. Vielmehr erleben wir ein umfassendes Muster, das auch Energie, Finanzen und Wirtschaft umfasst.

Russland nutzt immer wieder Gas als politische Waffe, momentan zu einem Zeitpunkt, in dem Europa von einer lähmenden Energiekrise betroffen ist. Diese Taktik ist nicht neu, und die Ukraine ist keineswegs das einzige Opfer. Erst kürzlich torpedierte Moskau den proeuropäischen Kurs der neuen Regierung der Republik Moldau mit einem inzwischen wieder beigelegten Gasstreit. Russland verletzt die territoriale Integrität der Ukraine durch eine zermürende Wirtschaftskriegsführung. Diese zielt darauf ab, die ukrainische Regierung in eine finanzielle Sackgasse zu zwingen. Nach Schätzungen der US-Denkfabrik Atlantic Council haben die russische Annexion der Krim und der Einmarsch in die Ostukraine Kiew mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch Zerstörung, Beschlagnahmung von Vermögen und den Reputationsverlust, den die ukrainische Wirtschaft zu erleiden hatte, gekostet.

Das ist aber nur die rein wirtschaftliche Analyse. Der menschliche Verlust mit rund 14.000 Toten seit dem Beginn des Krieges in der Ostukraine ist weitaus höher. Der Kreml hat heute Vormittag den Abzug einiger seiner Soldaten von der ukrainischen Grenze angekündigt. Auch wenn wir auf Zeichen der Entspannung hoffen können, bleibt die Bedrohungslage dennoch ernst. Genau deshalb muss gegenüber Russland weiterhin deutlich gemacht werden: Kooperation ist für alle Beteiligten besser als Konfrontation. Wir haben als Europäische Union, als Bundesrepublik Deutschland und als Freistaat Bayern ein großes Eigeninteresse daran, dass die internationale Zusammenarbeit regelbasiert bleibt, nicht nur, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen. Genau deswegen dürfen wir einen fortwährenden Bruch dieser Regeln nicht akzeptieren.

Russland hat sich im Budapester Memorandum aus dem Jahr 1992 dazu verpflichtet, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten. Diese Vereinbarung muss eingehalten werden. Keine Frage: Die Europäische Union braucht einen neuen strategischen Rahmen für den Umgang mit Russland sowie für die Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine. Die gefundenen Ansätze für Gespräche im NATO-Russland-Rat sind daher richtig und

hoffentlich auch zielführend. Brüssel sollte hier die regulatorische Karte weiter ausspielen und viel konkreter die Diversifizierung und Entflechtung der europäischen Energiemärkte vorantreiben. Ziel muss es zum Beispiel sein, einseitige Abhängigkeiten durch andere Lieferquellen zu verringern, geografisch noch stärker auf alternative Energien zu setzen sowie mehr Härte bei der Auslegung von Lieferverträgen zu zeigen.

Die neue Bundesregierung muss ihre Kommunikationskanäle nach Moskau nutzen, um deutlich die roten Linien und die Folgen eines aggressiven Handelns zu kommunizieren. Der Ansatz des Westens war es bisher immer, militärische Auseinandersetzungen durch das Ausspielen wirtschaftlicher Stärke zu verhindern. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir heute zum Teil feststellen: Dieses Konzept stößt an seine Grenzen.

Der Kalte Krieg wurde durch einen Sieg der Demokratie über die Diktatur des Kommunismus und des Sozialismus beendet. Der Eiserner Vorhang wurde durch den Willen zur Freiheit niedergerissen. Gewonnen wurde diese Auseinandersetzung aber weniger militärisch, sondern eher wirtschaftlich. Das Konzept der freien Marktwirtschaft und der freien Gesellschaft hat sich durchgesetzt. Heute stehen wir vor einer etwas anderen Situation: Zum ersten Mal in der Geschichte müssen wir feststellen: Die wirtschaftliche Überlegenheit des freien Westens ist nicht mehr unumstritten gegeben. Der technologische Vorsprung ist nicht mehr automatisch vorhanden. Die zunehmende Abhängigkeit unserer europäischen Wirtschaft von den Gegnern der Demokratie beschränkt die Wirkmächtigkeit unserer Handlungsoptionen. Damit schrumpft auch die Ausstattung unseres politischen und diplomatischen Werkzeugkastens.

Umso mehr gilt es, in Schlüsselbereichen wieder eine strategische Souveränität Europas zu erreichen. Jetzt wäre zum Beispiel der Zeitpunkt gekommen, an dem die neue Bundesregierung die transatlantischen Beziehungen mit neuem Leben füllen müsste. Warum stoßen wir nicht ein TTIP 2.0 an, das die Schwachstellen des gescheiterten ersten Entwurfs behebt? Es bräuchte eine ordentliche Gerichtsbarkeit statt Schiedsgerichten und verbindliche nachhaltige Standards bei Landwirtschaft und Lebensmitteln.

Auch eine transatlantische Klimapartnerschaft könnte uns von russischen und chinesischen Rohstoffen unabhängiger machen und unser Know-how sichern. Ein solches Abkommen würde die Möglichkeit bieten, in einem engen Schulterschluss der westlichen Demokratien die wirtschaftliche Stärke zu erhalten, mit der wir unsere Wirkmächtigkeit am Verhandlungstisch untermauern können, und zwar im Sinne von Demokratie, Frieden und Freiheit.

Wir befinden uns in einem Wettstreit der Systeme, in einem Wettstreit der demokratischen westlichen Ordnung gegen jene, die unsere Werte und Regeln geringschätzen und unser Staatswesen und unsere Gesellschaft herausfordern. Wir alle wollen Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa. Deswegen müssen wir deutlich machen: Unsere Werte sind nicht verhandelbar. Unsere Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht freier Staaten und die territoriale Integrität der Staaten sind nicht verhandelbar. Genau dafür brauchen wir den Schulterschluss der liberalen Demokratien.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Gotthardt, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die guten Botschaften im Ukraine-Konflikt vorwegnehmen: Die diplomatischen Bemühungen der letzten Tage, vielmehr der letzten Stunden, zeigen, so scheint es, kleine Erfolge. Wir haben ein bisschen Hoffnung. Russland hat zahlreiche Einheiten aus dem Militärbezirk im Süden und Westens Russlands zurückgezogen. Bundeskanzler Scholz hat ein mehrstündiges Gespräch mit Präsident Putin beendet und sieht deutlichen Spielraum für diplomatische Verhandlungen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg äußerte in Brüssel vorsichtigen Optimismus. Der polnische OSZE-Vorsitz bot am frühen Nachmittag einen neuen Dialog an. Erst vor knapp einhalb Stunden hat Russlands Außenminister Lawrow die Bereitschaft zu neuen Gesprächen mit dem Westen signalisiert.

Trotzdem ist es gut, dass wir uns heute und hier dem von meiner Fraktion aufgesetzten Thema der Aktuellen Stunde des Bayerischen Landtags widmen, aktuell, allgemein und auch ganz speziell. Das ist ein Thema, das unsere Bürger zwischen der Rhön und Berchtesgaden sowie zwischen Freyung und Lindau zur Stunde bewegt. Verehrter Herr Kollege König, wir führen diese Aussprache im vollen Bewusstsein der Aufteilung nach unserem Grundgesetz.

"Nie wieder Krieg", das war, ist und bleibt das Versprechen der europäischen Idee und der europäischen Demokratien an uns und unsere Kinder. "Nie wieder Krieg" heißt aber auch, gemeinsam für Frieden, Sicherheit und letztlich auch für den Wohlstand, der uns gut leben lässt, einzutreten. Das ist ein Versprechen und eine Verpflichtung über alle politischen Ebenen hinweg und genau deshalb auch Thema in diesem Hohen Haus. Das ist ein Thema, das uns neben Corona und der Inflation bewegt und beunruhigt.

Zugegeben, auch ich habe an diesem Pult schon einfachere Reden als diese gehalten. Auch mir klingen noch die Worte unseres Bundespräsidenten in der Bundesversammlung vom Sonntag im Ohr. Ich zitiere:

Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wiedervereint. Welch ein Glück für unser Land! Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hätten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich.

Ich bin dem Bundespräsidenten für die Klarheit und die Entschlossenheit seiner Worte dankbar. Wir alle stehen in politischer Verantwortung. Ich bin überzeugt, dass wir alle momentan die Bürde und die Nervosität spüren. Noch immer liegt Krieg in der Luft. Wir erleben von russischer Seite Aufrüstung und Aggression. Die Diplomatie steht in einem fast atemlosen Dauerlauf. All das, was wir bislang aus dem europäischen Geist heraus predigten, steht nun auf dem Prüfstand. Ja, jeder Konflikt hat seine Geschichte. Eines muss aber klar sein: Egal, woran sich ein Streit zwischen zwei Nachbarn ent-

zündet haben mag: Wer über den Zaun steigt und dem Nachbarn ins Gesicht schlägt, der bricht das Recht. Er wird zum Aggressor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle wollen eine friedliche Nachbarschaft aller in Europa. Dafür braucht es aber auch zum Frieden bereite Nachbarn. Zur Stunde erleben wir sinnlose Aggressionen, einen eitlen militärischen Kraftakt sowie ein gefährliches Zündeln und Eskalieren von russischer Seite. Das ist ein unappetitlicher territorialer Hunger, der uns in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs völlig fremd war. Viele, auch wir, haben Angst vor dem Aufflammen eines militärischen Konflikts, vor einem Krieg in Osteuropa, keine 2.000 Kilometer Luftlinie von hier. Wir sagen in diesem Hause klipp und klar: Die territoriale Integrität der Ukraine ist für uns unverhandelbar.

Nun kann man die Frage stellen: Warum muss ein Bayerischer Landtag dieses Thema, einen grundsätzlichen Appell für Frieden in Europa, in einer Aktuellen Stunde diskutieren? – Wir müssen das tun, weil dieses Thema die Menschen in Bayern umtreibt und bewegt. Wir müssen das aber auch aus einer geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Betroffenheit heraus tun. Wir müssen es aus der Verantwortung unserer Verfassung heraus tun, die sagt:

Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.

Dieses Versprechen unserer Verfassung gilt auch im europäischen Kontext, es gilt auch und gerade im Ernstfall.

Es ist der Konflikt um die Ukraine, der uns in unseren europäischen Grundfesten erschüttert mit Stärke zehn auf der Richterskala der Demokratie. Wir merken und stellen fest, Europas Werte sind kein Sonnenschein in guten wie in schlechten Tagen. Das gilt auch für unsere Grundrechte, für unsere Freiheit und für unsere Demokratien – alles bleibt verletzlich. Deshalb ist eine starke Demokratie auch immer eine wehrhafte. Abrüstung bedeutet nicht immer Frieden. Ich wünsche mir, dass Europa die Botschaft in diesen Tagen versteht. Wer Frieden auf dem Kontinent und auf der Welt garantieren will, muss sich und seine Werte auch zu verteidigen wissen. Wir Europäer tun das am allerbesten gemeinsam. Genau deshalb ist jetzt die Zeit, neuen Schwung in die europäischen PESCO-Instrumente einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bringen.

Resilienz in diesen Fragen sichert Frieden auf dem Kontinent. Das gilt genauso für wirtschaftliche und digitale Fragen. Eine Antwort darauf kann nur eine gemeinsame europäische sein. Krieg – das wurde schon mehrfach angesprochen – kennt nur Verlierer. Das gilt im Falle des Aufflammens des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auch für uns in Bayern. Der Krieg wäre zu nah, um ihn zu ignorieren. Er wäre aber auch wirtschaftlich schmerzhaft für unseren Freistaat. Es wäre ein Krieg der Brückenköpfe unserer Wirtschaftsverbände. Deshalb muss gelten: Wir wollen Frieden sichern.

Nie wieder Krieg – wer das will, braucht einen entschlossenen Schulterschluss der Demokratien bei anhaltender diplomatischer Gesprächsbereitschaft. Auch Kalter Krieg ist keine Lösung. Europa hat dann gewonnen, wenn der gesamte Kontinent in Frieden lebt. Genauso müssen wir unabhängig von den aktuellen Entwicklungen immer bereit sein zum Gespräch mit unseren Nachbarn und der Welt. Deshalb das klare Signal an die Ukraine: Wir stehen zu diesem Land und zu seinem Volk, das bereit ist, seine Zukunft an der europäischen Idee zu orientieren. Aus bayerischer Warte zeigt sich das auch in persönlichen Beziehungen. In der St.-Paul-Kirche in Odessa läuten die Glocken für den Frieden, gestiftet von der Partnerstadt Regensburg. Im Regensburger

Odessa-Haus macht man sich Sorgen. Man sorgt sich um die Freunde im Bayerischen Haus in Odessa. Ich könnte noch viele solcher persönlichen Beziehungen aufzählen, viele sind familiärer Art. Sie sind es, die einem Krieg ein Gesicht geben. Bayern – davon ich überzeugt – wird seine Beziehungen weiter aufrechterhalten und ausbauen.

Es braucht den Dialog mit der Ukraine in ihrer Anbindung an die europäische Idee mehr als bisher. Wir brauchen weiterhin die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es gibt auch Zukunftsthemen, auch wenn das angesichts des Krieges weit entfernt scheint. Ich sehe in der Ukraine einen starken Partner Bayerns, Deutschlands und Europas in Energiefragen und im Bemühen um einen greifbaren grünen Wasserstoff sowie Arbeitskräfte. Geben wir diese Perspektiven gerade jetzt nicht auf! Unsere ukrainischen Freunde brauchen sie wie wir. Bauen wir sie aus, ohne andere zu zerstören! Machen wir immer wieder klar: Auch wirtschaftliche Verbundenheit kann Krieg verhindern, weil beide Seiten leiden, wenn sie fehlt.

Ich habe mit der Diplomatie begonnen. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, verbunden mit einem Blick nach Berlin. Ich bin davon überzeugt, keiner von uns beneidet aktuell die Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger der neuen Bundesregierung. Ohne Schonfrist sehen sie sich einer diplomatischen Lage gegenüber, in der jedes Wort entscheidet. Ich bin weit davon entfernt, jedes Füllhorn parteipolitischer Debatten zu öffnen, wenngleich nicht jede Entscheidung der letzten Wochen in Berlin mir sinnvoll erschien. Manche waren halbherzig und zu kurz gegriffen. Aber ich weiß auch: Es ist nicht leicht, in dieser Lage absturzsicher den richtigen Weg zu gehen. Umso mehr hoffe, bitte und, ganz persönlich, bete ich darum, dass die Außenministerin und der Bundeskanzler vorne dran um diese Bürde wissen und sie weiter mit größtmöglicher Verantwortung tragen. Und auch ich sage frei nach Helmut Schmidt: Stunden des diplomatischen Verhandeln mögen zäh sein, aber sie sind immer besser als auch nur eine Sekunde des Krieges.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich hoffe inständig, dass wir auf unserem europäischen Kontinent zu einem neuen politischen Dialog finden. Wir werden die Erfolgsgeschichte unserer Zukunft nur gemeinsam schreiben können in Kapiteln und Kompromissen, in Achtung und Demut voreinander, in Berücksichtigung von Freiheit, Demokratie und Grundrechten. Das gilt besonders für den Aggressiven, ist aber eine Grundregel für alle. Ein Miteinander ebnet Wege, solche, die sich aktuell am Horizont abzeichnen, solche, die wir seit den Siebzigerjahren als Finalisierung internationaler Beziehungen bezeichnen.

Ich wünsche mir Lösungen nach diesem Modell für eine in ihrer Souveränität unverletzte Ukraine. Diskutieren wir sie am Tisch und nicht am Schlachtfeld. Machen wir uns ganz zum Schluss noch einmal bewusst, was die Gründer unseres Freistaats, die Gründer Europas, uns in Stammbuch geschrieben haben: Frieden zu sichern für uns und unsere Kinder, die Kinder unserer Nachbarn; denn niemand anderer als sie wären es, die letztlich mit der Waffe im Anschlag im Schützengraben sitzen. Es sind unsere Kinder – nie wieder Krieg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Alex Dorow von der CSU-Fraktion.

Alex Dorow (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle mit Befriedigung fest, dass von nahezu allen Kolleginnen und Kollegen übereinstimmende Ansichten geäußert worden sind. Nachdem von nahezu allen das Nötige gesagt wurde, kann ich mich kurzfassen.

Ich glaube, es ist klar geworden, dass wir nach Georgien 2008, nach Moldawien und der Krim 2014 und nach dem Krieg im Osten der Ukraine mit bisher mehr als 14.000 Toten wieder eine konkrete Bedrohung im Osten Europas haben. Ich möchte mich einer klaren Feststellung von heute anschließen: Wir wollen mit Russland in Frieden und in Kooperation leben. Herr Kollege Hagen hat es ganz ausdrücklich gesagt: Dafür müssen die Spielregeln eingehalten werden. Diese Spielregeln sind klar und

schnell definiert. Sie lauten: keine gewaltsame Verschiebung von Grenzen. Das ist und bleibt die Grundlage unserer Staatenordnung von Frieden und Sicherheit in Europa. Das wird nicht dadurch obsolet, weil jemand ein Land nicht demokratisch regieren kann oder will, zur Ablenkung ein bisschen Imperialismus spielt und Demokratie vor der Nase des eigenen Volkes als Gefahr für die eigene Macht sieht.

Die EU ist ein Friedensprojekt. Seit über siebenzig Jahren steht sie für Frieden in Europa. Präsident Putin ist kein Hasardeur. Wenn man ihm eine Rechnung aufmacht, die er nicht bezahlen will, wirtschaftlich wie militärisch, dann ist das keine Kriegshetze, sondern eine friedenserhaltende Maßnahme. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass zur Rechtfertigung der Handlungen von Moskau und seinen Lautsprechern im Westen, leider zum Teil auch hier im Haus, die wildesten Geschichten aufgetischt werden: Wir müssen die Wahrheit sagen und benennen. Russland müsse sich vor der Einkreisung durch die NATO schützen, vor der Einkreisung durch ein Defensivbündnis. In Kiew regierten Faschisten. Der Westen habe sich Anfang der Neunzigerjahre verpflichtet, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Die EU sei bestrebt, in aggressiver Weise neue Mitglieder zu werben. – Meine Damen und Herren, nichts davon stimmt.

Zum Punkt eins: Die NATO ist ein Defensiv- und Verteidigungsbündnis. Selbst wenn sie es nicht wäre, hilft ein Blick auf die Landkarte. Die Russische Föderation reicht vom ehemaligen Ostpreußen bis Wladiwostok. Nicht einmal China könnte das Land von allen Seiten bedrohen, selbst wenn man es wollte. Die Ukraine hingegen ist ein in Teilen von russischen Soldaten besetztes Land. Kiew ist natürlich – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – nicht die Hauptstadt einer perfekten Demokratie. Aber die Ukrainer befinden sich seit Jahren in einem laufenden Reformprozess mit glasklarer Präferenz für europäische Werte und europäisches Denken. Sie machen auch jedes Jahr Fortschritte. Wenn Sie durch Kiew oder andere ukrainische Städte fahren, sehen Sie mehr europäische Fahnen und Flaggen an den Häusern als in vielen EU-Staaten, während sich Russland unter Putin nach anfänglichen Fortschritten seit Jahren in einer Rückwärtsentwicklung mit immer massiverer Verfolgung der Opposition befindet.

Aus den Protokollen und aus einem persönlichen Interview und Gespräch, das ich vor Jahren mit dem ehemaligen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse führen durfte, kann ich sagen, dass ein angebliches Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, nie gegeben wurde. Es ist jedoch auch kein Thema. Desinformation – lassen Sie mich das bitte festhalten – schadet dem Frieden. Der Friede braucht Aufrichtigkeit, er braucht Ehrlichkeit und auch den Mut zur historischen Wahrheit.

Ich betone noch einmal: Wir wollen mit Russland in Frieden leben. Diplomatie und Gesprächsbereitschaft müssen immer an erster Stelle stehen. Die Kanäle müssen immer offen bleiben. Aber – das ist heute bereits mehrfach gesagt worden – es gibt auch rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Dazu gehören das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Verzicht auf aggressive Gewalt und gewaltsame Grenzverschiebungen sowie auf Annexion. Als ich das damalige Interview mit Eduard Schewardnadse beendet hatte, stand er auf, drückte mir beide Hände und fragte fern jeglicher Formalien, als die Kameras aus waren: Wie alt sind Sie? Ich nannte ihm mein Alter, das für ihn relativ jung war. Er endete mit den Worten: Vergessen Sie nie, die Zukunft gehört Europa. Die Zukunft gehört der Freiheit. Freiheit und Frieden sind Zwillinge, ohne einander geht es nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dorow, bitte denken Sie an Ihre Maske. – Das Wort hat nun die Ministerin Melanie Huml für die Staatsregierung.

Staatsministerin Melanie Huml (Europaangelegenheiten und Internationales): Werter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in Frieden und in Freiheit. Viele von uns, vor allem die jungen Menschen, kennen Europa nur als Friedens- und Wertegemeinschaft. Das ist auch gut so. Es war aber nicht immer so. Meine Großeltern haben den Zweiten Weltkrieg noch erlebt. Dieser ist noch gar nicht so lange her.

Ich persönlich war vor ein paar Tagen zu Hause tief getroffen, als sich meine beiden Söhne, die neun und sechs Jahre alt sind, gefragt haben, was Krieg bedeutet. Bedeutet das, wenn er länger gehen sollte, dass wir dann auch dabei wären? – Das sind Fragen, bei denen man als Mutter und auch als Politikerin eine Gänsehaut bekommt. Das zeigt auch, dass es auch heute wichtig ist, sich hier mit diesem Thema zu beschäftigen.

Wir alle in diesem Hohen Haus sind uns einig: Niemand will Krieg. Wir alle sind dankbar, dass wir in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Den Schutz von Frieden, Freiheit und Demokratie gibt es nur durch koordinierte und vernetzte Sicherheitspolitik. Deshalb ist es auch so wichtig – wir haben es heute schon mehrfach gehört –, die Gesprächskanäle immer offen zu halten. Ich glaube, es ist eine ganz wichtige Botschaft, dass wir immer im Dialog bleiben müssen. Das ist mir persönlich auch sehr wichtig.

Bayern bekennt sich deshalb deutlich zur transatlantischen Partnerschaft und zur NATO. Als verlässliche Bündnispartner stehen wir alle in der Verantwortung. Ich betone aber auch: Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Der Kollege Dorow hat es gerade gesagt: Aggressionen können von ihr gar nicht ausgehen. Das sollte uns einfach bewusst sein.

Das Credo der Bayerischen Staatsregierung war schon immer: Alle Türen für Gespräche offen halten, den Dialog suchen und auf dem Weg der Diplomatie eine gangbare Lösung für alle finden. Wir sind davon überzeugt: Der direkte Kontakt und das persönliche Gespräch schaffen Vertrauen und öffnen Türen. Auch die Münchner Sicherheitskonferenz, die am nächsten Wochenende stattfinden wird, kann dafür eine Chance bieten. Die MSC ist die weltweit größte und bedeutendste Tagung für Außen- und Sicherheitspolitik. Der offene Dialog mit allen Beteiligten ist auch ein Markenzeichen dieser Konferenz.

Gerade jetzt zeigt sich auch, wie notwendig solche Gesprächsforen sind. Durch die Pandemie konnte das eine oder andere in den letzten Jahren leider nicht stattfinden. Diese Formate sind aber so notwendig. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat sich seit dem Ende des Jahres 2021 erheblich verschärft. Schon zuvor – ich war im letzten Oktober in Kiew und habe mit einigen Regierungsvertretern gesprochen – war spürbar, dass die Situation schwieriger werden könnte. Ja, das Zusammenziehen Tausender russischer Soldaten an der Grenze der Ostukraine und zu den NATO-Mitgliedstaaten der EU sehen wir in Europa mit großer Sorge. Ich glaube, das empfinden wir alle so.

Bundespräsident Steinmeier, der heute schon viel zitiert wurde, hat in seiner Rede nach seiner Wiederwahl gegenüber Russland klare Worte gefunden. Ich muss gestehen, ich hätte mir gewünscht, dass der eine oder andere diese Deutlichkeit in Worten auch schon in den Wochen vorher gezeigt hätte.

Wir erleben ja manchmal auch die unterschiedlichsten Signale auf Bundesebene. Umso wichtiger ist es, dass wir uns bemühen, den Dialog gemeinschaftlich und mit einer Stimme zu schaffen; denn – deswegen waren die Worte des Bundespräsidenten Steinmeier so wichtig – an der Grenze zur Ukraine hat Russland rund 140.000 Soldaten und schweres Gerät zusammengezogen. Russland blockiert in weiten Teilen den Zugang der Ukraine zum Schwarzen Meer und zum Asowschen Meer. Am letzten Donnerstag startete Russland eine groß angelegte Militärübung auf belarussischem Gebiet.

Gleichzeitig sehen wir aber auch schon länger einen Konfrontationskurs Russlands gegenüber dem Westen. Ich nenne nur den Entzug der Sendeerlaubnis für die Deutsche Welle, den Tiergartenmord, die Unterdrückung der Inlandsopposition und das Verbot von Menschenrechtsorganisationen. Ja, die Lage ist ernst.

Die USA hatten in den letzten Tagen einen Angriff Russlands auf die Ukraine noch in dieser Woche für denkbar gehalten. Ich bin sehr froh darüber, dass in den letzten

Stunden, wenn man das so sagen darf – deswegen kann man es heute wirklich eine "aktuelle Stunde" nennen –, vorsichtig positive Signale aus Moskau gesendet werden. Ich denke, diese sind noch keine Entwarnung, aber es ist schon mal der Weg in die richtige Richtung.

Für die Bayerische Staatsregierung gilt: Wir setzen auf Gespräche und hoffen, dass Russland die Einladung, den aktuellen Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen, doch noch annimmt, damit man den Weg, der in den letzten Stunden beschritten wurde, vielleicht auch weitergehen kann. Gleichzeitig ist aber auch ganz klar, dass die territoriale Integrität der Ukraine unantastbar ist. Ich denke, das ist für uns alle ganz klar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das gilt auch für die Krim und den Donbass. Wir fordern deshalb von allen Konfliktparteien einschließlich Russlands ein klares Bekenntnis zur Minsker Vereinbarung.

Die Maximalforderungen Russlands sind aber weder für die NATO-Staaten noch für die EU erfüllbar. Russland fordert unter anderem den Ausschluss einer Aufnahme der Ukraine, Georgiens, Finnlands und Schwedens in die NATO, den Rückzug von NATO-Einheiten, die seit 1997 in Osteuropa stationiert wurden, den Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Europa. Deswegen ist es auch so, dass die NATO, die USA und die EU zu Recht die Abgabe einer schriftlichen Zusage über die Nichtaufnahme der Ukraine und Georgiens mit dem Verweis auf deren Selbstbestimmungsrecht – dazu gehört nun mal auch das Recht auf freie Bündniswahl –, das sie als eigenständige Staaten haben, abgelehnt haben.

Im Falle weiterer russischer Aggressionen sind deswegen auch verstärkte wirtschaftliche Sanktionen unvermeidbar. Aber es ist auch richtig, dass wir dabei immer auch nachdenken, was das heißt. Verschärfte wirtschaftliche Sanktionen werden dann nicht nur Russland treffen. Auch das darf man, denke ich, nicht übersehen.

Ich versichere Ihnen: Gemeinsam werden wir alles dafür tun, dass der Dialog nicht abreißt. Deeskalation und Frieden sind in unser aller Interesse. Ein bewaffneter Konflikt kennt nur Verlierer. Wir wollen Frieden und Freiheit erhalten. Dafür brauchen wir Sicherheit sowie Zusammenhalt in der EU und der NATO. Es ist das erste Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass in Europa wieder glaubwürdige und robuste Abschreckung notwendig ist, um Frieden und Freiheit zu erhalten. Deswegen ist es eine besondere und kritische Situation, in der wir uns befinden. Aber nur, wenn Bereitschaft zum Dialog auf allen Seiten da ist, werden sich die aktuellen Situationen und Spannungen lösen lassen.

Die Verantwortung für den Frieden in der Welt tragen wir alle gemeinsam. Niemand hat das Recht, Unfrieden über andere zu bringen; aber jeder hat die Pflicht, sich für Frieden und Verständigung einzusetzen. Das wünsche ich mir von allen. Ich glaube, deswegen ist es auch so wichtig, dass wir auf Bundesebene klare Signale haben. Ich glaube, wir vom Landtag haben sie jedenfalls hier heute gesendet. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die Aktuelle Stunde ist beendet.